

18. Januar 2017

Unsicherheiten gefährden fragile Erholung der Stahlkonjunktur in Deutschland

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl sieht für das Jahr 2017 erhebliche Risiken für die Stahlkonjunktur. „Globale Überkapazitäten, Dumpingstahl aus China und anderen Ländern und die industrie-feindliche Politik beim europäischen Emissionsrechtehandel bedrohen weiterhin die Substanz unserer Stahlindustrie. Ein zentrales Risiko sehen wir darin, dass sich protektionistische Tendenzen auf den globalen Stahlmärkten noch weiter ausbreiten“, sagt Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl.

Die Stahlmengenkonjunktur in Deutschland hat sich Kerkhoff zufolge in den vergangenen Monaten stabilisiert. So sind insbesondere auch die Auftragseingänge gestiegen. Zudem befänden sich die stahlverarbeitenden Branchen in Deutschland ungeachtet der schwachen Weltkonjunktur in einer robusten Verfassung: Vor diesem Hintergrund dürfte die Rohstahlproduktion im laufenden Jahr leicht um rund 1 Prozent auf 42,7 Millionen Tonnen zulegen (**Bild 1**). Allerdings bleibe es dabei, dass sich aus einer hohen Auslastung noch keine Rückschlüsse auf die unmittelbare wirtschaftliche Lage ziehen lassen und sich die Stahlindustrie noch nicht in einem störungsfreien konjunkturellen Umfeld bewegt.

Die leichten konjunkturellen Erholungstendenzen stellen aus Sicht der Wirtschaftsvereinigung Stahl keine Entwarnung für die unverändert bedrohliche Lage der Stahlindustrie in Deutschland dar. Denn zum einen seien die strukturellen Probleme in der Welt-Stahlindustrie ungelöst. Zum anderen sei der Konjunkturausblick mit einer ungewöhnlich großen Unsicherheit verbunden. Hinzu kommen schließlich die hohen Volatilitäten auf den Rohstoffmärkten, insbesondere bei den Massenrohstoffen Eisenerz und Koks-kohle.

Globale Strukturkrise beim Stahl: China steht in der Verantwortung

Die globale Strukturkrise beim Stahl ist weiter ungelöst. Dies zeigt sich laut Kerkhoff insbesondere an der niedrigen weltweiten Kapazitätsauslastung, die sich trotz der konjunkturellen Stabilisierung im vergangenen Jahr bei 71 Prozent und damit unverändert nahe historischen Tiefständen befand (**Bild 2**). Auch für dieses Jahr sei keine wesentliche Besserung zu erwarten, da die globale Stahlnachfrage nur schwach zulegen dürfte und ein spürbarer Abbau von Kapazitäten auf globaler Ebene nicht in Sicht ist.

Im Mittelpunkt dieser Strukturkrise beim Stahl steht weiterhin China: Die chinesische Regierung hat zwar ihre Bemühungen intensiviert. Allerdings dürfte sich der überwiegende Teil des Kapazitätsabbaus im Jahr 2016 auf Anlagen beziehen, die ohnehin

bereits stillgelegt waren. Zudem bleiben die chinesischen Überkapazitäten mit rund 360 Millionen Tonnen weiterhin auf einem extrem hohen Niveau. Dies erkläre auch, warum die chinesischen Exporte trotz gewachsenen internationalen Drucks im vergangenen Jahr kaum gesunken sind (**Bild 3**). Laut Einschätzung der Wirtschaftsvereinigung Stahl werden die Überkapazitäten in der chinesischen Stahlindustrie allerdings auch 2020 noch deutlich über der 300 Millionen-Tonnen-Marke liegen. Besonders kritisch sei, dass China keine Rückführung der hohen Nettoexporte von gegenwärtig knapp 100 Millionen Tonnen plane.

„Das G20-Forum zu Stahlüberkapazitäten muss konkrete Schritte vereinbaren, die zu einer größeren Fairness im internationalen Wettbewerb beitragen. Hier könnte unter deutscher Präsidentschaft ein Schritt nach vorn gemacht werden“, hofft Kerkhoff. „Gleichwohl können diese multilateralen Gespräche kein Ersatz für die Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen durch einen effektiven Handelsschutz der EU sein.“

Wechsel in der US Administration verstärkt Sorgen um Handelspolitik

„Protektionismus ist die falsche Antwort auf die Herausforderungen für die globale Stahlindustrie“, ist sich Kerkhoff sicher. Die Stahlindustrie setze sich stets dafür ein, dass die globalen Stahlmärkte frei von Handelshemmnissen sind. Spielräume für Schutzmaßnahmen sehe die Stahlindustrie nur dann, wenn diese WTO-konform ausgestaltet sind und zum Ziel haben, faire Wettbewerbsbedingungen wiederherzustellen. Antidumping- oder Antisubventionsmaßnahmen seien daher ein notwendiges Korrektiv und kein Protektionismus.

Wachsende Unsicherheiten gehen daher laut Wirtschaftsvereinigung Stahl von einer möglichen Hinwendung zu einer stärker protektionistischen Handelspolitik in der Welt aus. Bereits in den vergangenen Jahren haben viele Länder Barrieren im Stahlbereich aufgebaut. Aktuell stehen dabei die USA besonders im Fokus. Deutschlands Außenhandel ist mit den USA im Stahlbereich besonders intensiv verflochten (**Bild 4**): Die USA stehen mit 800.000 Tonnen für rund ein Fünftel der deutschen Stahlexporte außerhalb der EU. Zudem sind sie hinter Großbritannien der größte Abnehmer von stahlintensiven Gütern aus Deutschland. Diese indirekten Stahlexporte übersteigen mit 2,5 Millionen Tonnen die direkten Stahleinlieferungen um mehr als das Dreifache.

Hinzu kommt, dass die Vereinigten Staaten mit 31 Millionen Tonnen der mit Abstand größte Stahlimporteur in der Welt sind. Rund 30 Prozent der Einfuhren entfallen dabei auf Lieferungen aus dem NAFTA-Raum bzw. aus Asien. Eine handelspolitische Konfrontation gerade mit diesen Ländern sei daher mit der Gefahr erheblicher Handelsumlenkung in die offenen und ungeschützten Märkte verbunden. Damit verstärke sich zugleich für die EU die Notwendigkeit, ihr eigenes handelspolitisches Instrumentarium zu schärfen, um nicht der größte Leidtragende einer solchen Entwicklung zu werden. Die vorgesehene Modernisierung der EU-Handelsschutzinstrumente muss für Kerkhoff noch beherzter verfolgt werden. So müssten beispielsweise die Grenzwerte für die Aussetzung der Lesser Duty Rule den industriellen Realitäten angepasst werden.

Emissionsrechtehandel – konsequente Haltung der Bundesregierung erforderlich

„Ein globaler Kohlenstoffmarkt mit gleichen Bedingungen für alle Stahlerzeuger scheint durch den Regierungswechsel in den USA noch weiter in die Ferne gerückt“, so der Verbandspräsident. Dem müsse auch die europäische Politik Rechnung tragen und bei der

gegenwärtig in Brüssel beratenen Überarbeitung des Emissionsrechtehandels für die Zeit ab 2021 weitere Belastungen für die heimische Industrie vermeiden. Die Bundesregierung vertrete zu Recht in ihrem Klimaschutzplan die Position, dass die 10 Prozent effizientesten Anlagen eine zu 100 Prozent freie Zuteilung von Zertifikaten erhalten sollen, ohne weitere Kürzungen. Zu begrüßen sei auch, dass die Bundesregierung eine weitere Kompensation emissionshandelsbedingter Strompreissteigerungen unterstützt. Nun kommt es für Kerkhoff darauf an, dass sie diese Position am 28. Februar im EU Umweltrat umsetzt. Dabei dürften keine Kompromisse zu Lasten der Industrie gemacht werden. Nach wie vor sei nicht absehbar, dass die unerreichbaren Benchmarks für die Stahlindustrie korrigiert und sie bei fehlenden technischen Potenzialen keinen Kürzungen unterzogen werden. Dies sei aber eine entscheidende Voraussetzung, damit die Stahlindustrie gegenüber internationalen Wettbewerbern weiter bestehen kann. Andernfalls müssten selbst die effizientesten Anlagen massive Zusatzkosten tragen.

Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 70 Unternehmen und rund 90.000 Mitarbeiter.
Weitere Informationen finden Sie unter: www.stahl-online.de

Rückfragen

Klaus Schmidtke
Leiter Öffentlichkeitsarbeit

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf

Fon +49 (0) 211 67 07-115 oder -116
Fax +49 (0) 211 67 07-676
Mail klaus.schmidtke@stahl-zentrum.de